

Angebot für Berufliche Schulen und Bildungsträger

AKTIONS- UND INFOSTÄNDE



Foto: VZ MV



HINTERGRUND

Berufliche Schulen und Bildungsträger setzen bei der Gestaltung von Aktions- und Informationstagen, zum Beispiel zum Schwerpunkt „Gesundheit“ oder „Nachhaltigkeit“, auf ein breites Spektrum an Partnern. Die Verbraucherzentrale besetzt mit dem Thema „Verbraucherschutz beim Lebensmitteleinkauf“ ein für alle Altersgruppen wichtiges und alltagsrelevantes Themenfeld.



ZIELGRUPPE

junge Erwachsene, Teilnehmer von Bildungsmaßnahmen (z. B. über Weiterbildungsträger, über Bundesagentur für Arbeit, Bundesfreiwilligendienst, Freiwilliges Soziales Jahr, Freiwilliges Ökologisches Jahr)



ZIELSETZUNG

Die Teilnehmer

- erwerben Kenntnisse zur Lebensmittelkennzeichnung
- erhalten einen Einblick in Werbestrategien der Hersteller
- erweitern ihre Konsumkompetenz im Lebensmittelbereich



KONZEPT

Teilnehmer können sich anhand von **Produktausstellungen**, bei **Mitmachaktionen** oder im individuellen **Beratungsgespräch** informieren.

Die Themen für die Aktions- und Infostände können Sie individuell mit uns abstimmen. Im Fokus können

- **Produktgruppen**
wie Getränke, Nahrungsergänzungsmittel
- **Aktuelle Trends**
wie Superfood, vegetarische und vegane Lebensmittel
- **Kennzeichnungselemente**
wie Nährwertkennzeichnung, Herkunfts- und Regionalkennzeichnung
- **Zielgruppen**
wie Sportler, Familien

stehen.

Gern unterstützen wir Sie auch mit weiteren **Angeboten für Berufliche Schulen und Bildungsträger** oder mit unseren (Kurz-)Vorträgen, Einkaufstrainings und Kursen.



ZEITBEDARF

nach Vereinbarung

VORAUSSETZUNGEN

2-3 Tische

evtl. Stromanschluss

ggf. Wetterschutz bei Außenveranstaltungen



KOSTEN

ab 20,00 € pro Stunde

Bei Interesse wenden Sie sich bitte an:

Verbraucherzentrale M-V e.V. | Fachbereich Lebensmittel und Ernährung | Strandstraße 98 | 18055 Rostock

Tel.: (03 81) 208 70 17 | E-Mail: ernaehrung@verbraucherzentrale-mv.eu



Ministerium für
Landwirtschaft und Umwelt

Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages